

Energiepolitik entscheidet über die Zukunft des Industrielandes Nordrhein-Westfalen

Beschluss des Landesvorstands

23. September 2013



CDU

Energiepolitik entscheidet über die Zukunft des Industrielandes Nordrhein-Westfalen

Präambel

Nordrhein-Westfalen ist in vielerlei Hinsicht das wichtigste Bundesland Deutschlands. Die Vielfalt menschlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens spiegelt sich in keinem anderen Bundesland in gleicher Weise wider. Vor allem ist Nordrhein-Westfalen ein starkes Industrie- und Energieland mit einer vitalen mittelständischen Wirtschaft sowie ein führendes Land der Forschung. Nordrhein-Westfalen ist dicht besiedelt und besitzt die größte Anzahl an Verbrauchern, seien es private Haushaltskunden, gewerbliche Kunden oder Großkunden der Industrie mit ihren vielen Arbeitsplätzen. Eine ähnliche Vielfalt zeichnet sich auch in der Energiewirtschaft ab. Kommunale Stadtwerke ebenso wie die großen Energieunternehmen leisten ihren Beitrag für die sichere Energieversorgung für Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus; sie bieten zugleich zehntausenden Menschen Arbeitsplätze. Zugleich steigt die Zahl der Bürger, die in Genossenschaften oder anderen Organisationsformen in privater Initiative die Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien vorantreiben. Ungeachtet dieser Fakten und der damit verbundenen systemrelevanten Bedeutung Nordrhein-Westfalens für die deutsche Energiewirtschaft lässt die derzeitige Landesregierung keinerlei stringente Position zu den zentralen, mit der Energiewende verbundenen Fragen erkennen. Daher ist es nur konsequent, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen ihre Position für die Herausforderungen der zukünftigen Energiepolitik formuliert.

Wir bekennen uns zur in Deutschland eingeleiteten Energiewende. Sie ist die größte Infrastrukturaufgabe unseres Landes und infolgedessen mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Leider ist ein ernsthaftes Bemühen nach einer besseren Koordinierung der Energiewende zwischen Nordrhein-Westfalen, dem Bund und den Ländern von Seiten der rot-grünen Landesregierung nicht erkennbar. Es ist nicht im Interesse Nordrhein-Westfalens, „16+1 Energiewenden“ lediglich zu begleiten. Vor dem Hintergrund, dass die süddeutschen Länder ihr Engagement im Photovoltaikbereich und die norddeutschen Bundesländer ihre Windenergieanlagen weiter intensivieren wollen, ist es sinnvoll, wenn Nordrhein-Westfalen als einwohnerstärkstes Bundesland seine eigenen Potentiale zur Erzeugung Erneuerbarer Energien seine Netze und die Absicherung der Grundlastfähigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie als wichtiges Gut genauso in die Debatte einbringt wie die Bezahlbarkeit.

Die Energiewende erfolgreich zu gestalten ist unser Ziel. Während sich die Landesregierung nicht eindeutig positioniert, sich sogar widerspricht, werden wir als CDU alles daran setzen, die Chancen der Energiewende zu nutzen und die Interessen Nordrhein-Westfalens

zu vertreten. Die CDU bekennt sich zu dem damit verbundenen Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit. Nur so ist die erforderliche breite gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende zu erhalten.

Die rasante Entwicklung bei den Erneuerbaren Energien ist ein Erfolgsmodell. Die im Energiekonzept der Bundesregierung formulierten Ziele sind und bleiben richtig. Deutschland ist auf dem besten Weg, seine Stromerzeugung von derzeit rund 23 Prozent aus Erneuerbaren Energien und 77 Prozent aus konventioneller Erzeugung umzukehren. Durch einen rasanten technischen Fortschritt ist es gelungen, die Erzeugungskosten für Strom aus Windkraft und Sonnenenergie soweit zu senken, dass sie nahe an die Erzeugungskosten im konventionellen Energiemix herankommen und im Eigenverbrauch bereits deutlich unter den Bezugskosten der privaten und kleinen gewerblichen Stromkunden liegen. Sie sind auf dem besten Weg, die Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Damit einher geht ein Beschäftigungszuwachs, der dazu beiträgt, Investitionen, Wertschöpfung und Wohlstand in unserem Land zu sichern. Dass dies so bleibt, ist Aufgabe einer zielgerichteten Politik. Dazu gehört unter anderem eine Generalrevision der Fördersystematik des EEG.

Eine umsichtige Energiepolitik schafft Stabilität, Planungssicherheit für Verbraucher und die Akteure an den Energiemärkten sowie letztlich Arbeitsplätze. Die weitere Ausgestaltung der Energiewende muss sich deshalb neben ihrem Beitrag zum Klimaschutz an der Frage der Versorgungssicherheit sowie der Bezahlbarkeit der Energiepreise für die privaten Haushalte bzw. die Unternehmen in Deutschland messen lassen. Sie ist ein Gesellschaftsprojekt, an dem sich alle – Akteure und Verbraucher – beteiligen müssen. Hier gilt es, ein marktwirtschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem staatliche Rahmenbedingungen für die Erreichung der energiepolitischen Ziele, für Verlässlichkeit und einen fairen Wettbewerb sorgen ohne in die alten Fehler einer Überregulierung oder Fehlsubventionierung zurückzufallen. Eine Zusammenarbeit aller beteiligten Ebenen zwischen Kommunen, Land, Bund und Europa auf der einen Seite, wie auch der privaten Verbraucher und der Wirtschaft auf der anderen Seite ist zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiepolitik.

Erneuerbare Energien

Der durch die Energiewende eingeleitete dynamische Ausbau einer emissionsarmen Energieversorgung und die Stärkung der Energieeffizienz sind zwei entscheidende Schritte, um den Klimaschutz zu gewährleisten. Mit annähernd 25 Prozent aus Erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir unsere Ausbauziele für das Jahr 2020 erreichen – vielmehr ist festzustellen, dass wir sie deutlich früher als geplant erreichen werden.

So erfreulich dieser Erfolg einerseits ist, führt das aktuelle Strommarktdesign zu erheblichen Mehrausgaben für die privaten Haushalte und in Deutschland ansässigen Unternehmen. Schon heute gehören die Energiepreise für private Haushalte und Kleinbetriebe in Deutschland mit zu den höchsten in Europa. Auch für energieintensive Unternehmen liegen die Strompreise trotz seit 2011 halbierten Börsenpreises international im oberen Mittelfeld. Um die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Belastungen nicht weiter zu erhöhen und damit die Akzeptanz der Energiewende nicht zu gefährden, ist eine Überarbeitung der bestehenden Förder-, Preisbildungs- und Investitionsanreizsysteme zwingend erforderlich. Das setzt auch ein funktionierendes, abgestimmtes Projektmanagement des Bundes und der Länder sowie der Länder untereinander voraus, um vor allem die konkurrierenden Ausbauziele der Länder miteinander zu harmonisieren.

Das zukünftige System muss marktwirtschaftlich ausgerichtet, effizient, technologieoffen, innovationsfördernd sowie europarechtlich kompatibel sein und sollte zusätzlichen administrativen Aufwand vermeiden.

Um die Aufgabe der bisher bestehenden „produce and forget“-Mentalität zu erreichen, muss eine Marktintegration der Erneuerbaren Energien erfolgen, die mit der langfristigen Übernahme von Systemverantwortung im Zuge des „Rollentausches“ hin zu einer weitgehend grundlastfähigen Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien und zur Spitzenlastabdeckung auf Basis konventioneller Energieträger einhergeht. Zudem ist eine Synchronisation des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau so auszugestalten, dass Kostensenkungspotentiale gehoben und damit die Belastungen für die Volkswirtschaft reduziert werden können, ohne die Ziele der Energiewende in Frage zu stellen. Als Energieland Nr. 1 in Deutschland muss Nordrhein-Westfalen ein besonderes Interesse an einer grundlastfähigen und bezahlbaren Stromversorgung für Bürgerinnen und Bürger sowie die heimische Wirtschaft haben.

Gleichzeitig müssen wir den Erneuerbaren Energien die Chance geben, Innovationen anzustoßen bzw. weiterzuentwickeln (Repowering) und das Ziel einer Stromversorgung aus zunehmend regenerativer Energie mit der Nutzung von Energie aus konventionellen Kraftwerken zu einem sinnvollen Ganzen zu verzahnen. Wir setzen uns dabei in Nordrhein-Westfalen für klare und transparente landesweite Regeln ein, um vorhandene bürokratische Hemmnisse abzubauen und die Potentiale des Repowering auch bei uns optimal nutzen zu können.

Der Erfolg der Erneuerbaren Energien ist zu einem großen Teil dem Umstand zu verdanken, dass die Energieversorgung immer dezentraler wird. Im Rahmen der Befreiung von Umlagen und Netzentgelten, die der Eigenstromverbraucher nicht bezahlt, kommen in der Folge immer weniger Verbraucher für die Gesamtkosten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der Kosten für den erforderlichen Netzausbau auf. Ein reformiertes System bei den Erneuerbaren Energien muss Antworten auf die Fragen finden, die sich aus den

„Autarkie“-Bestrebungen ergeben und damit zunehmend zu Schwierigkeiten bei der Gestaltung der Umverteilung von Systemkosten führen, um eine sozial inakzeptable Endsolidarisierung zu vermeiden. Die CDU bekennt sich dazu, das neue System so auszugestalten, dass die sich aus der Energiewende ergebenden Kosten auf viele Schultern verteilt werden und somit eine solidarische Finanzierung gesichert wird. Im Spannungsfeld zwischen der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Beachtung der Belastungsgrenze für private Verbraucher müssen der Kostenanstieg gebremst werden und eine Neuverteilung der Kosten erfolgen. Langfristig ist es das Ziel der CDU, die Erneuerbaren Energien auf europäischer Ebene zu fördern, da der Europäische Energiebinnenmarkt auch für Erneuerbare Energien große Chancen bietet. Natürliche Standortvorteile könnten endlich angemessen genutzt werden.

Konventionelle Erzeugung

Der erfolgreiche Zubau der Erneuerbaren Energien macht nicht nur aus Kostengründen Anpassungen bei konventionellen Kraftwerken notwendig. Aufgrund der noch ausgeprägten Volatilität der Erneuerbaren Energien und den bisher nicht ausreichend vorhandenen Speicherstrukturen und -technologien kann auf einen – tendenziell abnehmenden – Erzeugungsbeitrag aus konventionellen Technologien nicht verzichtet werden. Damit das Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechnik unsere Energieversorgung sichert, werden wir auch weiterhin moderne Kohle- und Gaskraftwerke benötigen. Schließlich braucht ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen eine sichere und ständig zur Verfügung stehende Energieversorgung.

Das Umfeld, in dem sich Betreiber konventioneller Anlagen bewegen, ist in Folge der gesunkenen Börsenstrompreise und Unklarheiten bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung des Energiemarkts derzeit von erheblichen Unsicherheiten geprägt, denn trotz des bestehenden Bedarfs aus konventioneller Erzeugung sind insbesondere moderne und effizient zu steuernde Anlagen heute unrentabel und es wird vermehrt über Kraftwerksschließungen nachgedacht.

Deshalb bekennt sich die CDU zu verlässlichen Rahmenbedingungen, die den Betrieb und den Bau moderner und effizienter Kohle- und Gaskraftwerke in einem marktwirtschaftlich organisierten Umfeld ermöglichen. Dazu gehört der fortgesetzte Abbau heimischer Braunkohle genauso wie die Inbetriebnahme bereits auf dem Stand der Technik stehender konventioneller Kraftwerke wie Datteln IV, was wiederum die Schließung unrentabler und veralteter Anlagen ermöglicht. Zur Sicherung von Kraftwerkskapazität als Backup muss durch geänderte Mechanismen ein subventionsfreier und nach ordnungspolitisch sauberen Regeln funktionierender Kapazitätsmarkt entstehen. Ein solcher langfristig angelegter Mechanismus muss neben seiner wettbewerblichen Ausgestaltung und Binnenmarktkompatibilität in der Lage sein, die Versorgungssicherheit und die Erreichung der CO₂-

Minderungsziele zu garantieren sowie dazu beitragen, die volkswirtschaftlichen Kosten zu minimieren.

Netzausbau und Netzbau / Speicher

Die Versorgungssicherheit in Deutschland nimmt einen Spitzenplatz im internationalen Vergleich ein und ist damit ein Wert an sich. Damit dies auch zukünftig so bleibt und dem immer weiter steigenden Anteil des Stroms aus Erneuerbaren Energien Rechnung getragen wird, setzen wir uns für eine bessere Synchronisation des Netzaus- bzw. Netzbaus ein. Dafür notwendig sind neben den Übertragungsnetzen auch Verteilernetze, um den sich aus den neuen Strukturen ergebenden Aufwand besser bewältigen zu können. Hierfür wollen wir die notwendigen Bedingungen schaffen, die im Rahmen eines Projektmanagements die Einbeziehung von intelligenten Netzen vorantreibt, zu kürzeren Genehmigungszeiten führt, Investitionen erleichtert sowie Bürgerbeteiligung und Investoren motiviert. Auf jeden Fall muss im Rahmen der Energiewende kräftig in unsere Netze investiert werden.

Einen wichtigen Beitrag für den Einsatz von Erneuerbaren Energien können Speicher leisten. Wir werden daher bestehende Regelungen überprüfen und einen Rahmen schaffen, in dem die weitere Erforschung neuer Speichertechnologien gezielt gefördert wird, um die sich noch aus der Volatilität der Erneuerbaren Energien ergebenden Herausforderungen für die Zukunft besser handhaben zu können.

Wir erkennen an, dass auch europäische Lösungen hierzu einen technischen sowie wirtschaftlichen Beitrag leisten können, um die aus Erneuerbaren erzeugte Energie besser vorhalten zu können. Deshalb werden wir uns gezielt für eine bessere Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn einsetzen, um mögliche Effizienzen besser zu heben.

Wasserspeicherkraftwerke sind bereits seit Jahrzehnten im Einsatz. Sie sind technisch ausgereift und haben sich im normalen großtechnischen Betrieb bewährt. Aufgrund der langen Planungs- und Umsetzungszeiten für Speicherkraftwerke müssen der Neubau sowie der Ausbau bestehender Pumpspeicherkraftwerke für die kurzfristige Speicherung und für die Bereitstellung von Regenergie zügiger als bisher vorangetrieben und aktiv unterstützt werden.

Nordrhein-Westfalen als Standort energieintensiver Industrien erhalten

Als Energieland Nr. 1 in Deutschland und Standort vieler energieintensiver Betriebe muss Nordrhein-Westfalen ein besonderes Interesse an einer grundlastfähigen und nachhaltig bezahlbaren Stromversorgung für die heimische Wirtschaft haben.

Wir wollen die Energiewende volkswirtschaftlich verantwortbar umsetzen. Unser Ziel ist, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Fast eine Million Beschäftigte und deren Familien wären die Verlierer, wenn ihre Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten.

Deshalb ist es eine Aufgabe der staatlichen Wirtschaftsförderung, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven, im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie zu erhalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen gibt steuerlichen Hilfen zum Erhalt der Produktion von energieintensiven Produkten in Deutschland den Vorrang vor der Befreiung oder Verminderung von Strompreisannteilen und Netzentgelten.

Die CDU setzt sich grundsätzlich für die Erkundung heimischer Rohstoffe ein, insofern sie wettbewerbsfähig nutzbar sind und mittel- bis langfristig einen Beitrag zur erhöhten Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit leisten können. Der Schutz der Menschen und der Schutz unserer Lebensgrundlagen sind dabei jedoch generell höher zu bewerten als wirtschaftliche Erwägungen. Fracking mit toxischen Stoffen in den Böden bzw. im Grundwasser kommt als Instrument der Rohstoffgewinnung nicht in Frage.

Energieeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz bleibt eine entscheidende Säule unserer Energiepolitik. Potentiale für Maßnahmen gibt es insbesondere im Gebäudebereich. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass hier weitere Maßnahmen und eine sinnvolle, unbürokratische Förderpolitik vorgenommen werden, die zudem die Eigentümer-Mieter-Fragen berücksichtigen. Wir wollen insbesondere den durch Rot/Grün im Bundesrat gestoppten Vorschlag zur steuerlichen Absetzbarkeit von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden umsetzen. Neben einer verbesserten Energieeinsparung führen die hier getätigten Maßnahmen zu positiven Effekten im Bau und Handwerk, wenn diese praxisnah und wirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden können. Gerade den Kommunen fällt beim Thema Energieeffizienz eine Schlüsselrolle zu. Sie sind Eigentümer von kommunalen Gebäuden, Versorger für Strom und Wärme, Betreiber von Nahverkehr, größter öffentlicher Auftraggeber und Vorbild für Bürgerinnen und Bürger.

Innovationspolitik

Der Erfolg der Energiewende wird in seiner Gänze erst von zukünftigen Generationen endgültig beurteilt werden können. Heute aber ist schon sichtbar, dass mit den technischen Anforderungen an den Umbau der Energieversorgung in Deutschland auch enorme finanzielle Herausforderungen verbunden sind. Umso wichtiger ist es, dass jeder heute eingesetzte Euro eine maximale Wertschöpfung erzielt.

Dafür braucht es eine verlässliche Politik, die mit Anreizen statt Verordnungen und Verboten arbeitet und so unternehmerisches Handeln in einem marktwirtschaftlichen Umfeld zulässt sowie den Boden für einen technologieoffenen Rahmen schafft, in dem Forschung und Entwicklung ihren Beitrag leisten können. Die politischen Rahmenbedingungen für diesen Markt sollen dabei ausgewogen und technologieoffen sein und keine Energieträger oder Technologien bevor- oder benachteiligen.

Voraussetzung hierfür ist zunächst ein innovationsfreundliches Umfeld, das neuen Technologien offen gegenüber steht. Die CDU bekennt sich zum Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen. Wir setzen uns für eine gezielte Forschungsförderung in Maßnahmen der Energiewende ein, die Aussicht darauf haben, in der Praxis umgesetzt zu werden. Im Ergebnis führt dies zu neuen Innovationen und Investitionen. Ziel muss es dabei sein, die Bereiche Speicher, Infrastruktur, Erzeugung, Verbrauchsoptimierung sowie Fragen eines zukünftigen Marktes miteinander in Einklang zu bringen. Dabei sollte der Fokus auf einer gesamtsystematischen Betrachtung liegen, die mit vernetzten regionalen Projekten auf eine kostenverträgliche Energiewende abzielen. Deshalb müssen Themen wie Energiespeicherung und Energieeffizienz in Nordrhein-Westfalen auch ein Schwerpunkt der neuen – mit EU-Geldern mitfinanzierten – Förderperiode 2014 bis 2020 sein.

Finanzierung der Energiewende durch einen Investitionspakt

Die Energiewende führt zudem dazu, dass Investitionen in Deutschland getätigt werden, Wertschöpfung vor Ort erfolgt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Spitzenstellung, die Deutschland mit der Umstellung auf Erneuerbare Energien einnimmt, hat konkrete Auswirkungen auch auf die technologische Vorreiterrolle, die deutsche Unternehmen hier einnehmen können. Wettbewerb auch bei Forschung und Entwicklung, Technologieoffenheit und ein innovationsfreundliches Umfeld erhöhen die Chancen für die heimische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und sorgen damit für tausende zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Das Investitionsvolumen für die Energiewende ist enorm. Neben den technischen Herausforderungen besteht ein hoher Investitionsbedarf, der nur gemeinsam von Unternehmen, Banken, Investoren, öffentlicher Hand sowie Bürgern und Bürgergenossenschaften bewältigt werden kann. Die Ausgestaltung der Energiewende muss daher so kosteneffizient wie möglich erfolgen, und den unterschiedlichen Belangen der verschiedenen Beteiligten ist Rechnung zu tragen. Jeder der sich an der Energiewende beteiligt, braucht Investitions- und Rechtssicherheit. Die CDU setzt sich für langfristig verlässliche Rahmenbedingungen ein, die Planungssicherheit und Risikoeinschätzung zulassen und damit die wichtigste Voraussetzung für Investitionsbereitschaft darstellen.

Die CDU erkennt die Bemühungen aller Beteiligten ausdrücklich an und begrüßt, dass neben den klassischen Finanzierungsmodellen neue, innovative Modelle entwickelt werden,

die dabei auch Raum für z.B. Genossenschafts- und Bürgerbeteiligungsmodellen lassen und damit nicht nur einen finanziellen Beitrag sondern auch einen Beitrag für die Akzeptanz der Vorhaben vor Ort leisten, indem Bürger zu Beteiligten werden.

Neue Kultur der Bürgerbeteiligung

Der Umbau der Energieversorgung in Deutschland von zentralen zu mehr dezentralen Strukturen führt dazu, dass die Energiewende vor Ort erlebbarer aber auch sichtbarer wird als bisher. Damit steigt auch die direkte Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger. Obwohl die generelle Akzeptanz der Energiewende ungebrochen ist, sinkt die Zustimmung bei der Durchführung vor Ort. Eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg beim Umbau der Energieversorgung ist aber dessen Akzeptanz. Ohne die Zustimmung sowie Unterstützung in der Gesellschaft und auch bei den Betroffenen vor Ort sind die verschiedenen notwendigen Projekte nicht umsetzbar. Umfassende und frühe Bürgerbeteiligung und zügiger Aus- und Umbau dürfen kein Gegensatz sein.

Die CDU spricht sich dafür aus, dass neben finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten Dialogprozesse eingeführt werden, in denen über die geplanten Maßnahmen frühzeitig sowie transparent informiert wird und in deren Verlauf die betroffenen Städte und Gemeinden, aber auch die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, gehört zu werden und ihre Vorschläge einzubringen. Die CDU vertraut in diesem Zusammenhang darauf, dass sich hieraus neue Konstellationen der Durchführung ergeben können, die damit auf einem breiteren Fundament der Zustimmung stehen und somit einen Akzeptanzgrad erreichen. Für die CDU steht aber auch fest, dass am Ende eines solchen Dialogs Planungs- und Rechtssicherheit stehen müssen, die die Durchführbarkeit der beschlossenen Maßnahmen im Zuge der Energiewende sichert.

Europäischer Energiemarkt

Der Erfolg der nationalen Energiewende wird auch entscheidend vom europäischen Rahmen geprägt. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat zu einer deutlichen Verringerung der Treibhausgasemissionen beigetragen. Europa ist in Zukunft hier aber noch mehr gefordert und muss den Rahmen für die Energie- und Klimapolitik vorgeben. Mit dem Grünbuch über einen neuen Energie- und Klimarahmen hat die Europäische Kommission die Diskussion begonnen, wie es auf europäischer Ebene bis 2030 weitergeht. Die verschiedenen Instrumente und Ziele der europäischen Energie- und Klimapolitik müssen dabei besser aufeinander abgestimmt werden, um unerwünschte Effekte und unnötige Kosten zu vermeiden. Hier besteht dringend Handlungsbedarf. Voraussetzung für eine zukunftsfähige neue Energiepolitik ist eine gründliche Analyse der Stärken und Schwächen der bisherigen Maßnahmen. Ein realistischerer Ansatz ist notwendig, der auch in Europa Umweltschutz, Versorgungssicherheit und günstige Energiepreise gleichrangig berücksichtigt.

Wir wollen für die Ziele unserer Energiewende auch im europäischen Zusammenhang werben. Das Ziel, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern, ist in den europäischen Verträgen festgelegt. Die Förderung Erneuerbarer Energien ist beispielsweise auf europäischer Ebene kostengünstiger und effektiver zu realisieren. Unter Nutzung der unterschiedlichen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten ist auch die benötigte Verlässlichkeit und Versorgungssicherheit zu erreichen. Es ist daher die besondere Verantwortung Deutschlands, auf die Umsetzung dieses Ziels zu drängen.

Für die europäischen Kernkraftwerke müssen die bisher nur freiwillig geregelten Stress-tests auf eine rechtlich verbindliche Grundlage gestellt werden. Auf jeden Fall müssen für Kernkraftwerke höchste Sicherheitsstandards gelten.

Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich für eine wirtschaftlich nachhaltige Form der Stromerzeugung aus. Die europäischen Zielvorgaben müssen zukünftig besser auf einander abgestimmt werden, während die Mitgliedstaaten Flexibilität in der Umsetzung haben müssen.

In der Klimapolitik ist eine strukturelle Reform des Emissionshandels notwendig, damit dieser die beabsichtigten Anreize zur kontinuierlichen Verminderung der CO₂-Emissionen auch tatsächlich auslösen, den erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen angemessen berücksichtigen und flexibel auf wirtschaftliche Auf- und Abschwünge reagieren kann. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sollen dabei europäische Prioritäten darstellen.

Im europäischen Energiebinnenmarkt, dessen endgültige Verwirklichung weiterhin absoluten Vorrang genießen muss, hat der rasante Zubau bei den Erneuerbaren Energien auch zu Fehlentwicklungen geführt. So haben auch aufgrund der Ausgleichsmechanismen des EEG die Stromexporte in das benachbarte europäische Ausland zugenommen. Diese können erhebliche Konsequenzen für die dortigen Märkte entfalten, in denen eigene Gaskraftwerke abgeschaltet werden und günstiger, teils sogar mit einem Bonus abgegebener erneuerbarer Strom aus Deutschland importiert wird.

Deshalb müssen nationale Änderungen nicht nur marktwirtschaftlich ausgestaltet werden, sondern gleichzeitig die Chancen des europäischen Binnenmarkts nutzen. Nationalstaatliche Reformen müssen sich auch an der Frage orientieren, ob diese einzelstaatlich erfolgen müssen oder vielleicht besser in einem europäischen System gelöst werden können und somit dabei helfen, Potentiale bei der Kostenreduktion zu heben.